



Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Martin Würmli: St.Galler Sommernachts(alb?)traum; schriftlich

Martin Würmli sowie 29 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 14. September 2010 die beiliegende Interpellation "St.Galler Sommernachts(alb?)traum" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1. Mit der Interpellation wird einmal mehr die Thematik der Immissionen im Zusammenhang mit dem heutigen Ausgehverhalten angesprochen. Der Stadtrat hat sich umfassend und differenziert zur Gesamtproblematik im Rahmen seines Berichtes „Öffentlicher Raum - Grundsätze und Massnahmen“ vom 16. Februar 2010 geäussert. Es wird für die grundsätzlichen Überlegungen auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Die Interpellation greift nun einen besonderen Aspekt des Themas auf. In der Altstadt ist eine gewisse Konzentration der Ausgehscene auf bestimmte Gassen zu beobachten, in denen in der Regel „In-Lokale“ mit entsprechender Anziehungskraft vorhanden sind. Dort ist dann naturgemäss auch die Lärmproblematik offensichtlicher und akuter als in anderen Gebieten. Für solche Gebiete werden in der Interpellation besondere „Unterhaltungszonen“ angeregt. Sie sollen „das Konfliktpotenzial im städtischen Zusammenleben entschärfen“, indem in diesen Bereichen eine grössere Toleranz bezüglich Immissionen, aber auch eine stärkere Inpflichtnahme für die Gastrobetriebe bestehen soll.
2. Bei der Beurteilung der Interpellation ist zunächst die Thematik genauer zu definieren. Es ist zu unterscheiden zwischen der offiziellen Aussengastronomie und der entsprechenden Bewilligungspraxis einerseits und den an bestimmten Orten festzustellenden Ansammlungen von Lokalgästen und Passantinnen und Passanten auf den Gassen und Plätzen vor den Betrieben andererseits. Die bewilligte Aussengastronomie, also die erlaubte Bestuhlung und Bewirtung im öffentlichen Raum, wird in St.Gallen gemäss heutiger Praxis in Gebieten mit zahlreichen Wohnungen restriktiv (bis 22.00 Uhr) und in Gebieten mit wenig Wohnungen grosszügiger (bis 24.00 Uhr) erlaubt. Offenbar meint der Interpel-



lant u.a. dieses Thema, wenn er die Bewilligungspraxis der Stadt als „rigide“ bezeichnet. Der Schluss für die Aussenbewirtschaftung in bestimmten Gassen um 22.00 Uhr stösst tatsächlich nicht überall auf Verständnis, zumal es zu dieser Zeit im Sommer noch hell ist. Die Rauchergesetzgebung hat jedoch neuerdings diese zeitliche Beschränkung der Aussengastronomie relativiert bzw. de facto unterlaufen. Die Raucherinnen und Raucher halten sich ohnehin während der ganzen Öffnungszeit vor den Lokalen im öffentlichen Raum auf, das ist nicht zu verhindern und zulässig, soweit die entsprechenden Immissionen in Grenzen gehalten werden. Die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen wird u.a. mit entsprechenden Auflagen (Glasverbot ausserhalb der Lokale, Kontrolle durch Türsteher etc.) auch durchgesetzt.

3. Die der Interpellation vorgeschlagenen „Unterhaltungszonen“ sollen nun offenbar für diejenigen Gassen- und Platzbereiche ausgeschieden werden, bei denen eine gewisse Konzentration von „In-Lokalen“ besteht und wo sich über die üblichen Rauchergruppen hinaus eigentliche Treffpunkte mit grösseren Gruppen von Gästen der umliegenden Lokale oder auch mit Passantinnen und Passanten bilden. Diese Areale sollen einen besonderen Status erhalten und mit einer erhöhten Immissionstoleranz ausgestattet werden, verbunden mit stärkeren Verpflichtungen für die Gastrobetreiber. Dazu wäre es aber nötig, dass solche Gebiete für längere Zeit Bestand haben, verbindlich und dauerhaft festgelegt und rechtlich mit einer besonderen Immissionstoleranz ausgestattet werden können. Vor allem aber müsste es rechtlich durchsetzbar sein, dass künftig „In-Lokale“ sich in diesen Zonen und nicht mehr andernorts in der Altstadt oder der Innenstadt ansiedeln. Alle diese Voraussetzungen sind aber, wie im Folgenden gezeigt wird, sachlich und rechtlich nicht realistisch.
4. Die „Ausgehszonen“ im Sinne von Ansammlungen von Lokalgästen oder auch Passantinnen und Passanten auf der Gasse im Bereich von „In-Lokalen“ ist keine neue Erscheinung, vor allem in der wärmeren Jahreszeit. Diese Gebiete können entsprechend den Veränderungen im Lokalangebot rasch wechseln. Früher war das „Linsebühl“ stark vom Nachtleben geprägt, dann entstand in der nördlichen Altstadt mit Goliathgasse/Schwertgasse ein Ausgehgebiet, es folgte in den letzten Jahren die Brühlgasse und – nach der Eröffnung entsprechender Trendlokale – seit bald zwei Jahren zusätzlich das Bermudadreieck an der oberen Engalgasse/Augustinergasse. Es kann nicht vorausgesehen werden, welche Innenstadtgebiete in einigen Jahren betroffen und welche heute betroffenen Gebiete dann vielleicht wieder ruhiger sein werden. Diese Entwicklung lässt sich rechtlich kaum steuern; deshalb dürfte die Ausscheidung von dauerhaften, „verordneten Unterhaltungszonen“ an den Realitäten vorbeigehen.
5. Die ganze Innenstadt und die Altstadt sind im Zonenplan einer Mischzone zugeteilt, nämlich entweder der Kernzone oder der Wohn-Gewerbe-Zone. In beiden Zonen ist die Durchmischung von gewerblichen Nutzungen und Wohnnutzungen zulässig – und auch



erwünscht. In beiden Zonen sind Gastrobetriebe aller Art erlaubt und müssen bewilligt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Bezüglich des Immissionsmasses gilt baurechtlich die Stufe „mässig störend“ gegenüber „nicht störend“ in reinen Wohngebieten und „erheblichen Immissionen“ in Industriezonen. Gemäss dem Umweltschutzrecht bzw. der Lärmschutzverordnung des Bundes gilt in diesen Zonen die Empfindlichkeitsstufe (ES) III, gegenüber der Stufe II in reinen Wohnzonen oder der Stufe IV in Industriezonen. Dieses übergeordnete Recht ist für die Kantone und Gemeinden zwingend. Im Rahmen des Gemeinderechtes können zwar für bestimmte Gebiete zusätzliche oder ergänzende Vorschriften erlassen werden – wie z.B. der Wohnanteilsplan für die Altstadt. Nicht zulässig wäre es aber, z. B. in der Kernzone Altstadt mit der ES III bestimmte Bereiche (Unterhaltungszonen) mit einer höheren Immissionstoleranz (also ES IV) auszuscheiden oder ausserhalb dieser Unterhaltungszonen bestimmte Gastrobetriebe, die an sich die Voraussetzungen für die Kernzone erfüllen, zu verbieten. Solche Differenzierungen müssten aber möglich sein, sollte die Idee der „Unterhaltungszone“ umgesetzt werden.

6. Es ist davon auszugehen, dass die ganze Innenstadt von St.Gallen weiterhin einer der beiden Mischzonen zugehören wird und damit sowohl Wohnen wie auch Gastrobetriebe grundsätzlich überall zulässig bleiben. Die Zulässigkeit von Gastrobetrieben ist dann allerdings nicht mehr gegeben, wenn sie das Kriterium „mässig störend“ überschreiten. Dabei werden sog. „Primärimmissionen“ und „Sekundärimmissionen“ unterschieden. Erstere betreffen die Immissionen des Betriebes selbst, also z.B. der Lärm der Musik oder der Gäste im Lokal. In der Regel kann diese Problematik mit geeigneten Massnahmen (Schallisolation etc.) gelöst werden. Die Primärimmissionen führen bei Gastrobetrieben selten zur Zonenwidrigkeit. Problematischer sind meist die Sekundärimmissionen, also z.B. der Lärm ausserhalb, aber in unmittelbarer Nähe und im Zusammenhang mit dem Betrieb. Es ist möglich, dass bestimmte Gastrobetriebe aufgrund dieser Sekundärimmissionen das Mass „mässig störend“ überschreiten und damit in der Wohn-Gewerbe-Zone und der Kernzone – also in der Innenstadt und Altstadt - zonenwidrig werden. Das Verwaltungsgericht hat dies für das „Kugl“ so festgestellt, weil dieser Betrieb mit drei Nächten pro Woche über das ganze Jahr mit erlaubter durchgehender Öffnung zu übermässigen v.a. Sekundärimmissionen gegenüber dem Wohnen führe. An einer solchen Unvereinbarkeit würde sich nichts ändern, wäre das „Kugl“ in einer „Unterhaltungszone“. Deshalb müsste eine „Unterhaltungszone“ mit erhöhter Immissionstoleranz in einer Industriezone ohne Wohnnutzung und mit zulässigen erheblichen Immissionen oder allenfalls in einer Gewerbe-Industrie-Zone, ebenfalls ohne Wohnnutzung, angeordnet werden. Solche Ausgehgebiete in (ehemaligen) Industriegebieten kennen andere, vor allem grössere Städte. In St.Gallen wäre dies nur im Westen der Stadt in Winkeln oder im Osten im Gebiet Martinsbrugg möglich. Es ist aber fraglich, ob solche künstlichen „Ausgehmeilen“



realistisch sind. Es sollte weiterhin möglich sein, im entsprechend belebten Stadtzentrum auszugehen, „Ausgehghettos“ dürften nur neue Probleme schaffen.

7. Es ist unumgänglich, auch weiterhin einen vernünftigen Weg zwischen den Interessen der „Nachtschwärmer“ und des Unterhaltungsangebotes einerseits und den Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtzentrums andererseits zu finden. Zu bedenken ist auch, dass sich die Problematik sehr stark auf die Wochenenden und die Zeiten mit freundlicher Witterung und Temperatur konzentriert, anders als in Grosstädten mit permanentem 24-Stunden-Betrieb. In St.Gallen soll weiterhin die Altstadt für das Ausgehen wie auch für das Wohnen attraktiv sein; das ist möglich mit einer gewissen gegenseitigen Toleranz und mit klaren Grenzen für unzumutbares Verhalten. Wer in der Innenstadt oder in der Altstadt wohnt, kann nicht die gleichen Ansprüche an Ruhe stellen wie in Wohnquartieren, wer in der Innenstadt oder Altstadt ein Gastroununternehmen betreibt, kann nicht die gleichen Freiheiten haben wie in einem Industriegebiet.
8. Der in der Interpellation ebenfalls angesprochene Wohnanteilsplan (Nutzungsplan Altstadt) bestimmt, in welchen Gebieten wieviele Geschosse dem Wohnen vorbehalten sind. Er sieht aber – wie in der Kernzone zwingend – für die ganze Altstadt sowohl Wohnen wie auch Nichtwohnen vor und hat deshalb keinen direkten Zusammenhang mit der hier in Frage stehenden Problematik. Lärmklagen können genauso in Gebieten mit geringem wie in solchen mit hohem Wohnanteil erhoben werden.
9. Der Stadtrat ist deshalb der Auffassung, dass „Unterhaltungszonen“ weder rechtlich noch sachlich zielführend sind. Die Stadt wird sowohl auf der rechtlichen Ebene wie auch mit einer Vielzahl von flankierenden Massnahmen – von der Zusammenarbeit mit den Gastrobetreiberinnen und Gastrobetreibern und Bewohnervertretungen über Kampagnen wie „Gemeinsam mit Respekt“ oder „runden Tische“ – weiterhin alles daran setzen, die Problematik auf einer für alle Beteiligten akzeptablen Ebene zu halten und einen vernünftigen Kompromiss zwischen den verschiedenen Interessen zu finden.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation vom 14. September 2010

